

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl. des „Mstr. Unterhaltungsbl.“ u. der Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unsern Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insektionspreis: die kleinste Zeile 12 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

50. Jahrgang.

Nr 102.

Sonnabend, den 29. August

1903.

Bekanntmachung.

Der Verkehr mit Kraftwagen (Automobilen) auf allen nicht öffentlichen Wegen der Staatsforstreviere Auersberg, Eibenstock, Wildenthal, Johannegeorgenstadt, Carlsfeld, Schönheide, Hundshübel, Bodau und Soja wird hierdurch bei Strafe von 5 bis 30 M. für jeden einzelnen Fall **verboten**.

Die Gutsvorsteher:

Rehmann. Bach. Schneider. Tsch. Gehre. Hoffmann. Harter. Krumbiegel. Kühne.

Politischer Wochenbericht.

Die verfloßene Woche ist für die innere Politik durch einen Wechsel in den höchsten Reichsämtern bemerkenswert: der Staatssekretär des Reichsschatzamtens Freiherr von Thielmann ist von seiner Stellung zurückgetreten und der bisherige bayerische Bevollmächtigte Freiherr Hermann von Stengel zu seinem Nachfolger ernannt worden. Diese Ernennung findet in der Presse fast allseitigen Beifall. Freiherr von Stengel gilt mit Recht als einer der besten Kenner des gesamten Staats- und Steuerwesens und hat sich auch bereits vielfach als gewandten und schlagfertigen Debatter bewährt. Schwierige Aufgaben, die in der Frage der Reichsfinanzreform gipfeln, harren des neuen Schatzsekretärs. Es bleibt ihm vorbehalten, Mittel und Wege für eine reinliche Scheidung zwischen den Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten zu finden, den letztern die erstehende Ordnung und Stetigkeit, die ihnen bei Verquickung mit den Reichsfinanzen verjagt bleiben, zu schaffen und das Reich finanziell auf eigene Füße zu stellen sowie vor weiterem Wachstum seiner Schuldenlast zu bewahren. Zur Lösung dieser Aufgaben dürften Freiherrn von Stengel seine süddeutsche Herkunft und seine daraus resultierende nähere Fühlung mit den maßgebenden Parlamentariern Süddeutschlands von wesentlichem Nutzen sein.

Was die auswärtigen Dinge anbelangt, so darf die Situation im europäischen Orient als wesentlich gebessert gelten, seit durch die Zurückziehung der russischen Flotte auch nach außen hin, namentlich aber für die Bulgaren und Mazedonier, ein handgreiflicher Beweis dafür gegeben ist, daß die russische Regierung aus dem Zwischenfalle in Monastir keinen Anlaß nehmen will, von der bisher befolgten Politik abzuweichen. Der Abzug der russischen Schiffe, deren Anwesenheit bei Niada die bulgarischen Banden sehr zu Unrecht als eine Ermutung zu geflohenen Handlungen aufgefaßt zu haben scheinen, wird jedenfalls auf die Aufrührer sehr entmutigend wirken. Sie werden sich endlich doch wohl zu der Einsicht bequemen müssen, daß ihre Hoffnungen auf Erregung eines Kriegesbrandes, bei dem sich im Trüben fischen läßt, eitel sind. Für die Türkei aber ist gegenwärtig der richtige Zeitpunkt gekommen, mit allem Nachdruck zu zeigen, daß sie noch stark genug ist, um mit eigener Macht im eigenen Lande Herr zu werden, und es erscheint durchaus unwahrscheinlich, daß ihr in dieser Beziehung irgend welche Hindernisse in den Weg gelegt werden sollten.

In Oesterreich-Ungarn haben die Konferenzen Kaiser Franz Josephs mit den leitenden ungarischen Politikern noch keine Aenderungen in dem bisherigen Stande der Dinge herbeizuführen vermocht. Vielmehr bleibt die Krise nach wie vor ungelöst. Ob und wie weit der Kaiser dem ungarischen Drängen auf Gewährung von Konzessionen nachgeben wird, ist heute noch ungewiß. Doch wird mit Bestimmtheit verhofft, die einseitige Kommandosprache im Heere werde von der Krone als ein noli me tangere betrachtet. Im übrigen erscheint eine Bewilligung weitgehender Konzessionen an das Magyarentum zur Begleichung der Krise schon wegen ihrer Rückwirkung auf Oesterreich höchst gefährlich. Die Begehrlichkeit des Czementums würde dadurch sicherlich erheblich angeregt werden. Eine auf ganzer Linie siegreiche Opposition in Ungarn müßte den Wunsch zur Racheiferung sehr lebendig machen, und auch die kaum zu leidlicher Ordnung gebrachten Verhältnisse Eisleithaniens liefen Gefahr, wieder allgemeiner Verwilderung anheimzufallen. So zeigt das Gesamtbild Oesterreich-Ungarns sich in trüber Schattierung. Möge es der erprobten Erfahrung und der umfassenden staatsmännischen Begabung Kaiser Franz Josephs trotz alledem vergönnt sein, die Wirrnisse beizulegen und den österreichisch-ungarischen Staat auf der seit Jahrzehnten bewährten Grundblase zu erhalten.

England steht trauernd an der Bahre eines seiner größten Staatsmänner, Lord Salisbury. Mit seinem Namen sind die meisten großen Ereignisse in der auswärtigen Politik Englands während der letzten 25 Jahre eng verknüpft. Der Berliner Kongreß von 1878 war der eigentliche Beginn seiner Karriere. Hier, wo die großbritannische Diplomatie einen ihrer größten Erfolge errang, wirkte Lord Salisbury als Vertreter Englands. Cypern, das damals England ohne Schwertstreich zufiel, stand am Anfange, Transvaal am Ende seiner Laufbahn. Bestimmend hat er also eingegriffen sowohl in die Orientpolitik Großbritanniens als auch in dessen afrikanische Pläne, und damit scheint auch die Bedeutung des dahingegangenen Staatsmannes klar gekennzeichnet. Die Größe und Machtstellung Englands waren der Hauptgegenstand seiner Sorge, und in der Verwirklichung des imperialistischen Gedankens sah er die Bürgschaft für die Zukunft seines Vaterlandes.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Berlin, 27. August. Die „N. A. Z.“ meldet: Der hiesige französische Votschaffer hat dem Auswärtigen Amt im Namen des Präsidenten der französischen Republik als Beitrag zur Linderung der Not in den vom Hochwasser heimgesuchten Bezirken Schlesiens die Summe von 5000 Francs übergeben.

— Berlin, 26. August. Die „N. A. Z.“ schreibt offiziell: Unsere Erklärung, daß die Mitteilung über eine Auseinandersetzung zwischen Sr. Majestät dem Kaiser und dem Reichskanzler in der Jesuitenfrage auf Erfindung beruht, genügt dem „Reichsboten“ nicht. Er meint, wir hätten nur demotiviert, daß die Auseinandersetzung auf Grund einer Vorstellung des Evangelischen Oberkirchenrats erfolgt sei. Demgegenüber sei ihm nunmehr, „schlicht und einfach“, wie er es haben will, gesagt: Die Behauptung, es habe zwischen Sr. Majestät dem Kaiser und dem Reichskanzler über die Frage der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes überhaupt eine Auseinandersetzung stattgefunden, ist eine Lüge.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hatte bekanntlich die Unterstellung des „Vorwärts“, daß der Hofmarschall v. Trotha von dem Schloßbauprojekt auf der Insel Pickelswerder etwas wisse, als falsch bezeichnet. Das sozialdemokratische Blatt hatte darauf Herrn v. Trotha, falls dieses Dementi in seinem Auftrage erfolgt sei, der wesentlichen Unwahrheit geziehen und die Staatsanwaltschaft zur Einleitung der Klage wegen Verleumdung des Hofmarschalls aufgefordert. Hierauf hat, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ heute mitteilt, Herr v. Trotha bei der Staatsanwaltschaft den Strafantrag wegen Verleumdung gegen den „Vorwärts“ gestellt.

— Die „B. P. N.“ schreiben: Dem Vernehmen nach werden die Finanzminister verschiedener Einzelstaaten Ende September oder Anfang Oktober in Berlin zu einer Konferenz zusammentreten. Wir haben schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß vorläufig kein Anlaß vorliege, Beratungen über die Reichsfinanzreform abzuhalten, da darüber, daß das gegenwärtige finanzielle Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten nicht auf die Dauer bestehen bleiben könne, keine Meinungsverschiedenheit zwischen den Einzelregierungen herrsche. Es dürfte sich denn auch bei der demnächstigen Konferenz der Finanzminister nicht um einschneidende prinzipielle Fragen handeln. Wohl aber wird man kaum fehlgehen, wenn man annimmt, daß die Frage der Bilanzierung des Reichshaushaltsetats den Gegenstand der Erörterungen auf dieser Konferenz abgeben wird. Das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben im Reichsbudget ist nicht erfreulich, und es ist deshalb durchaus angezeigt, wenn die Finanzminister der Einzelstaaten das letztere einer gemeinsamen Erörterung unterziehen.

— Die „Münchener Neuest. Nachr.“ veröffentlichen eine Unterredung eines ihrer Redakteure mit dem neuen Schatzsekretär Frhrn. v. Stengel. Letzterer erklärt u. a., was die Frage der Reichsfinanzreform betreffe, so müsse man die Sachlage möglichst nüchtern auffassen. Er glaube, daß man sehr zutrieben sein könne, wenn es demnächst gelänge, ein Verständnis unter den gegebenden Faktoren über die Beseitigung der schlimmsten Uebelstände herbeizuführen, die im Laufe der Jahre allmählich hervorgetreten seien, und wenn es insbesondere gelänge, die verwinkelten finanziellen Beziehungen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten klarer zu ordnen und im Reichshaushalt die sehr erwünschte größere Stetigkeit herbeizuführen. Es müßte auch bald der Anfang mit einer planmäßigen Schuldentilgung gemacht werden; zunächst bedürfe es aber einer Sanierung des Reichsinvalidenfonds, der im Augenblick sehr im Argen liege und dessen Sanierung er für besonders dringend erachte; das Weitere werde man wohl der Zukunft überlassen müssen. Von der Eröffnung neuer, dauernder Steuerquellen im Reiche — er wisse nicht, wie der Reichskanzler darüber denke — lasse sich schwer etwas sagen, bevor nicht feststehe, welche Mehrerträge der neue Zolltarif bringen werde und wie weit mit ihm die künftigen Handelsverträge die wirtschaftlichen Verhältnisse beeinflussen würden.

— Die für die Infanterie bestimmte neue Gepäckausrüstung, das sogenannte „Rucksackgepäck“, die in kurzer Zeit bei einzelnen Truppen probeweise zur Einführung gelangen wird, wurde durch den Kaiser auf dem Truppenübungsplatz in Altengrabow gelegentlich der jüngsten Anwesenheit des Monarchen bei dem Kavallerieexerzieren der Kavallerie-Regimenters des 4. Armeekorps besichtigt. Zu diesem Zwecke hatte sich, nach dem „V. A.“, der Chef der 12. Kompanie des 1. Garde-Regiments, Hauptmann Graf Fink von Finkenstein, mit einem Unteroffizier und drei Mann von Potsdam nach dem Truppenübungsplatz begeben. Der Kaiser ließ sich durch Graf Finkenstein über alle

Einzelheiten der Ausrüstung genau informieren. Es dürfte nicht ausgeschlossen sein, daß bereits zu den diesjährigen Herbstübungen vereinzelt Versuche in Bezug auf die Kriegstauglichkeit des neuen Gepäcks vorgenommen werden.

— Oesterreich-Ungarn. Wiener Blätter schreiben dem Besuch des Zaren, der jetzt für den 28. September angekündigt wird, eine große politische Bedeutung zu. Die „Neue freie Presse“ sagt, da Lambsdorff mitläufe, würden offenbar über die Orientfrage bedeutende Verhandlungen stattfinden, namentlich, falls die türkische Reformfähigkeit versage. Manche bringen Goltzow's Pester Reise mit dem Besuch in Verbindung, andere mit dem plötzlichen Besuch des bisher in Gastein weilenden Königs von Rumänien am Freitag.

— Wie das Wiener „Fremdenblatt“ erfährt, ordnete das Reichsministerium an, daß die Mannschaften des dritten Jahrganges, die gewohnheitsgemäß nach den großen Manövern bis zum 31. Dezember dauernd beurlaubt worden, im aktiven Dienst zurückzubehalten sind. Die Maßregel, welche im vollen Einklange mit dem Wehrgesetz steht, bezieht sich auf sämtliche Truppen des Heeres, ausgenommen die bosnisch-herzegowinischen Truppen. Die Verfügung der Kriegsverwaltung ist lediglich als eine provisorische Maßregel zu betrachten; was definitiv bestimmt wird, hängt von der Rückkehr des Kaisers nach Wien und von der Gestaltung der Dinge in Ungarn ab. Die Maßregel wurde von dem Reichskriegsministerium erlassen, weil durch die nicht rechtzeitige Erledigung des Rekrutenkontingents die Assentierung in Ungarn nicht vorgenommen werden konnte.

— Vom Balkan. Aus Wien, 27. August, wird gemeldet: Der nach Konstantinopel verkehrende Konventionalszug, der heute früh in Konstantinopel fällig war, wurde in der Nacht bei Kuleli-Burgas durch Dynamit in die Luft gesprengt, wobei 6 Personen getötet und 15 verwundet wurden.

— Ausbrüchlich ist zu bemerken, daß der verunglückte Zug nicht der Orient-Expreß, sondern ein gewöhnlicher, sogenannter Konventionalszug ist, das heißt ein Zug, den die Direktion der Orientbahnen durch Konzession verpflichtet ist, unter allen Umständen verkehren zu lassen, während der Orient-Expreß, wie bereits besprochen wurde, wegen der geringen Zahl der Reisenden nächster Tage eingestellt wird. Der verunglückte Konventionalszug, der von Wien abgeht, hatte vorgestern nur wenige Reisende aus Wien. Bereits gestern wurde gemeldet, daß die bulgarischen Banden schon bis zu den Stationen Baba-Eski und Kuleli-Burgas an der Orientbahn vorgedrungen seien und die Telegraphenleitung längs der Bahn zerstört hätten.

— Die Wiener „Neue freie Presse“ meldet aus Belgrad: Wie das Blatt „Stampa“ erfährt, wurden anlässlich eines Zusammenstoßes bei dem Dorfe Kervansek in Mazedonien 250 Paschibozuks, die in einen Turm geflüchtet waren, von den Aufständischen mittels Dynamit in die Luft gesprengt.

— Amerika. Washington, 27. August. Der amerikanische Gesandte in Konstantinopel teilte mit, daß die Ermordung des amerikanischen Bizekonsuls in Beirut am Sonntag erfolgte und daß die Vereinigten Staaten strenge Bestrafung der Schuldigen verlangten. Wenn die Türkei keine Genugtuung gebe, werde das in den europäischen Gewässern befindliche amerikanische Geschwader nach Beirut gehen.

— Der in der Streitfrage zwischen Venezuela und verschiedenen europäischen Staaten vom Zaren mit als Schiedsrichter bezeichnete schweizerische Gesandte in Paris, Lardy, hat diese Mission abgelehnt. Artikel 3 der Washingtoner Vereinbarung bestimmt, daß kein Untertan oder Bürger eines Signatar- oder Glaubigerstaates dem Schiedsgerichtshof angehören darf. Da die Bundesregierung verschiedene schweizerische Forderungen gegenüber Venezuela unterstützt hat und Unterhandlungen zur Bestellung der Schiedsgerichtskommission im Gange sind, kann kein Schweizer das Schiedsrichteramt übernehmen, trotz aller Ehre, die eine derartige Wahl für die Schweiz bedeutet.

Locale und sächsische Nachrichten.

— Hundshübel, 26. August. Die Ermordung des bekanntlich am 15. vor. Mon. im Hartmannsdorfer Staatsforstreviere in der Nähe des Forsthauses zum Torfisch erschossen aufgefundenen Handarbeiters Ernst Gerber von hier ist trotz der eifrigsten Tätigkeit der Behörden und der Gendarmarie immer noch nicht aufgeklärt. Allgemein herrscht hier und in der Umgebung die Meinung, daß Gerber ermordet worden ist, eine Wahrscheinlichkeit aber, wie anfangs vielfach angenommen wurde, so gut wie ausgeschlossen ist. Die mysteriöse Angelegenheit bleibt vorläufig noch in Dunkel gehüllt, da es noch nicht gelungen ist, eine bestimmte Person mit dem schweren Verdachte in begründeter Weise zu belasten, wenn auch hier und da Stimmen laut werden, die diesen oder jenen als Mörder hinstellen möchten. Man hat